BESCHLUSS

Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	15.10.2022
Tagesordnungspunkt:	FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

Der russische Angriff auf die Ukraine ab dem 24. Februar 2022 markiert einen historischen Einschnitt für unsere Friedensordnung in Europa. Vladimir Putin zeigt uns mit diesem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in aller Deutlichkeit, welche Ziele er verfolgt: Er führt sein imperialistisches Machtstreben fort und will den Integrationsprozess in Europa zurückdrehen. Die freie, demokratische Lebensweise in unseren offenen Gesellschaften sieht er als Bedrohung der eigenen Machtbasis. Die auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhende regelbasierte internationale Ordnung hat er aufgekündigt. Als Demokrat*innen verteidigen die Ukrainer*innen in diesem Krieg daher nicht nur ihr eigenes Territorium, sondern die Freiheit aller, die in Frieden und Freiheit, in Würde und einer multilateralen, auf Gleichberechtigung und dem Völkerrecht fußenden internationalen Ordnung leben wollen. Wir stehen in voller Solidarität an der Seite dieser mutigen Menschen und der Ukraine. Wir unterstützen sie entschlossen gegen die Aggression Russlands, die sich auch gegen uns selbst und unsere Art zu leben richtet. Ein Erfolg Putins wäre eine globale Ermutigung für das Recht des Stärkeren und ein Zurückdrängen der Stärke des Rechts.

Die Herausforderung, die Russland für uns bedeutet, nimmt das geeinte Europa an und leitet dringend notwendige Kurskorrekturen in der eigenen Politik ein. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben schnell, geschlossen und mit Klarheit auf die Aggression des Kremls reagiert. Wir haben Sanktionen erlassen und den Ausstieg aus russischen Fossilen beschleunigt. Wir werden uns dafür einsetzen, die Atomtransporte von und nach Rußland endgültig zu beenden. Wir leisten humanitäre Hilfe, stellen die unbürokratische Aufnahme von Geflüchteten sicher und bereiten unsere langfristige Unterstützung für den Wiederaufbau der Ukraine vor. Wir unterstützen eine umfassende Aufarbeitung der von Russland in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen, möglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen der Aggression sowie die Ahndung solcher Verbrechen durch nationale und internationale Gerichte. Wir liefern Waffen und bilden ukrainische Soldat*innen aus. Wir haben die eigenen militärischen Kapazitäten gestärkt und den Schutz der Mitgliedsstaaten an den östlichen Grenzen gesteigert. Wir haben einstimmig für einen EU-Kandidatenstatus der Ukraine und Moldau sowie die Beitrittsperspektive für Georgien gestimmt – und unterstützen die Aufnahme Finnlands und Schwedens in die NATO. Das Engagement der EU und auch Deutschlands wird gebraucht für nachhaltigen Frieden, Freiheit und Sicherheit für alle Menschen im Südkaukasus. Wir verurteilen den Angriff Aserbaidschans auf das Kernland Armeniens. Wir stehen fest an der Seite aller Völker, die sich für den demokratischen Weg entschieden haben und prangern jeden völkerrechtswidrigen Angriff eines Landes auf ein anderes an. Wir werden

alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um die ukrainische Kultur, Sprache und Identität zu erhalten.

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt uns vor Augen, wie fatal es ist, wenn wir uns von Autokraten und außenpolitisch aggressiven Akteuren abhängig machen. Auch bei Kooperationen mit Ländern wie China, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Saudi-Arabien muss dauerhaft vermieden werden, dass eine Abhängigkeit entsteht. Und wir stellen fest, wie existentiell eine ausreichende zivile und militärische Wehrhaftigkeit ist -auch für unsere Partnerstaaten. Deshalb liefern wir Waffen an die Ukraine und wollen das auch weiterhin verstärkt und beschleunigt tun, wo nötig auch aus den Beständen der Bundeswehr und der Industrie. Für uns ist entscheidend, was die Ukraine braucht. Deshalb setzen wir uns in der Bundesregierung dafür ein, dass alle NATO-Partner - Deutschland inbegriffen - die Bedarfe an Waffensystemen für die Verteidigung der Ukraine sowie zur Rückeroberung annektierter oder besetzter Gebiete decken. Zur Wehrhaftigkeit gehört auch unsere Mitgliedschaft in der NATO. Mit ihrer Beistandsverpflichtung garantiert sie als multilaterales Verteidigungsbündnis unverzichtbaren Schutz für die gemeinsame Sicherheit Europas und unserer Verbündeten.

Gleichzeitig werden wir von unseren tiefsten Überzeugungen als Friedenspartei nicht abrücken. Auch wenn militärische Mittel zur Verteidigung und Wiederherstellung des Friedens und zur Solidarität mit den Menschen in der Ukraine unausweichlich sind, stehen wir im Sinne einer feministischen Außenpolitik langfristig auch für die Prinzipien von Abrüstung, Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle sowie den Vorrang des Zivilen ein. Feministischer Außenpolitik liegt die Überzeugung zugrunde, dass Geschlechtergerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in der Welt sind. Unsere Bemühungen zur Stärkung von Initiativen zur atomaren Abrüstung und zur Rüstungskontrolle müssen wir gerade in diesen stürmischen Zeiten erhöhen. In unserem Streben nach einer Welt ohne Atomwaffen werden wir nicht nachlassen.

Die Erschütterungen durch den russischen Angriff sind global und vergrößern vielerorts das Leid von Millionen unschuldiger Menschen. Putins Aggression hat über einen drastischen Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise zu einer beispiellosen Ernährungs- und Versorgungskrise weltweit, insbesondere jedoch in den Staaten des Globalen Südens geführt.

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt die Zahl der Menschen, die wegen fehlender Nahrungsmittel in Lebensgefahr oder Existenznot geraten, in diesem Jahr auf 323 Millionen. Davon sind 47 Millionen Menschen allein durch Russlands Krieg in der Ukraine hinzugekommen.

Diese Entwicklung verschlimmert die soziale und wirtschaftliche Situation gerade in den Staaten, die bereits durch die Klimakrise und die sozioökonomischen Folgen der Covid-Pandemie mit großen Versorgungskrisen zu kämpfen haben, und erhöht das Risiko interner Konflikte. Diesem perfiden Versuch Putins, die Weltgemeinschaft zu spalten, müssen wir mit verstärkter Kooperation zwischen den Demokratien und mehr multilateralem Engagement bei der Bewältigung der globalen Krisen entschieden entgegentreten – insbesondere in den Bereichen Klimaschutz und Energie, Ernährung und Konfliktbearbeitung. Denn die weltweite Sicherheit hängt nicht vom simplen „für oder gegen“ Russland und China ab, sondern von der Frage, wer das Völkerrecht und damit die Gleichberechtigung aller Staaten als Grundlage für die internationale Friedensordnung akzeptiert, respektiert und verteidigt; und welche Staaten stattdessen auf eine Politik des Großmachtstrebens setzen. Als Grüne treten wir entschlossen

für die Prinzipien des internationalen Rechts ein. Wir werden es nicht zulassen, dass Freiheit durch Unterdrückung, Demokratie durch Diktatur und Würde durch Erniedrigung ersetzt werden.

Der Erhalt der internationalen Friedensordnung kann nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine nur dann gelingen, wenn wir uns klar auf die Prinzipien einer wertegeleiteten Außenpolitik sowie eines breiten, modernen Sicherheitsbegriffs verständigen – und auch danach handeln. Dieser Sicherheitsbegriff muss das Digitale zum Schutz unserer Demokratie vor Destabilisierungsversuchen von Staaten wie Russland umfassen. Und er muss die menschliche Sicherheit im Mittelpunkt haben. Grüne Friedenspolitik heißt, sich genau dieser Prinzipien immer wieder zu vergewissern, sie im Angesicht der Bedrohung der globalen Friedensordnung zu schärfen und sich in der Regierung für ihre Umsetzung einzusetzen.

Russlands Teilmobilmachung darf nicht erfolgreich sein. Den jungen Männern Russlands muss eine Alternative zum Kämpfen in diesem grausamen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg geboten werden. Deswegen unterstützen wir Grüne eine schnellere und unbürokratischere Aufnahme insbesondere von russischen und belarussischen Dissidenten. Aber auch Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern, die in der EU oder Deutschland Schutz suchen, muss nach einer Sicherheitsüberprüfung Aufnahme gewährt werden. Erstaufnahmeländer wie Georgien, in die hunderttausende Menschen aus Russland vor der Mobilmachung geflohen sind, sollten bei den humanitären Herausforderungen unterstützt werden.

Für menschliche Sicherheit und eine feministische Außenpolitik

Unsere Außen- und Sicherheitspolitik bleibt geleitet vom Konzept der menschlichen Sicherheit. Wir denken Sicherheit von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik stehen. Alle Menschen sollen frei von Furcht und Not leben können. Wir integrieren endlich die sicherheitsrelevanten Aspekte aller Ressorts, einschließlich Klimasicherheit, Ernährungssicherheit, digitale Sicherheit und die Sicherheit kritischer Infrastruktur, welche militärische Landes- und Bündnisverteidigung, zivile Konfliktbearbeitung, Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit ergänzen. Überall setzen wir uns für den Vorrang der Prävention von Krisen, die Stärkung der Menschenrechte im Sinne der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die Überwindung struktureller Gewalt ein.

Ein zentraler Bestandteil unseres Verständnisses von Sicherheit ist auch eine feministische Außenpolitik. Sie steht für die Umsetzung der Menschenrechte aller, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Überwindung struktureller Diskriminierung marginalisierter Gruppen, beispielsweise von Indigenen, von Rassismus Betroffenen oder LSBTIQ*, für die gerechte Verteilung von Macht und Ressourcen sowie ein Leben in Würde und Selbstbestimmung aller. Zahlreiche Forschungen belegen einen starken Zusammenhang zwischen Geschlechtergerechtigkeit und Frieden. Die Überwindung der vorherrschenden strukturellen Gewalt gegen Frauen und marginalisierte Gruppen ist Voraussetzung für nachhaltigen Frieden und umfassende menschliche Sicherheit. Deshalb machen wir uns für die vollständige Umsetzung der Agenda 1325 ,,Frauen, Frieden, Sicherheit" stark, die wir innerhalb Deutschlands und international vorantreiben. Dazu gehört auch, sexualisierte und genderbasierte Gewalt entschieden einzudämmen, die reproduktiven Rechte von Frauen zu schützen und die Sicherheit und Partizipation von Frauen und Mädchen in der Prävention von Konflikten, bei ihrer Transformation und in Stabilisierungsprozessen in den Fokus zu nehmen. Deswegen müssen auch Vergewaltigung, Ermordung von Zivilist*innen sowie Plünderungen als Kriegsverbrechen benannt und geahndet werden. Unsere Außenpolitik und alle Politikfelder müssen daher in Kooperation

mit feministischen Akteur*innen ausnahmslos und institutionell verankert intersektional-feministisch ausgerichtet werden. Hierzu suchen wir den Schulterschluss mit Akteur*innen auf der ganzen Welt.

Unser Handeln darf Konflikte nicht befördern oder anderen Staaten in ihrer nachhaltigen Entwicklung schaden. Deshalb setzen wir uns für die Entwicklung von ressortübergreifenden Mechanismen ein, durch die politische Vorhaben mit deutlichem Außenbezug vor deren Umsetzung auf ihre präventionsfördernde und krisenverschärfende Wirkung hin überprüft werden können.

Mittel für zivile friedensfördernde Maßnahmen – beispielsweise im Rahmen der zivilen Krisenprävention, partnerschaftlicher Entwicklungspolitik, humanitärer Hilfe oder zivilgesellschaftlicher Kooperationen wie Austauschprogrammen und dekolonialen Initiativen sowie der Friedens- und Konfliktforschung – müssen gerade angesichts der aktuellen Weltlage umfassend und adäquat aufgestockt werden. Dies gilt auch für Frühwarnsysteme für Konflikte und gestärkte Analysefähigkeit. Vor allem die institutionelle Förderung in diesem Bereich, wie die des Zivilen Friedensdienstes oder der Deutschen Stiftung Friedensforschung brauchen eine Wachstumsperspektive. Zudem müssen wir die Verpflichtung in den Leitlinien Krisenprävention für mehr Öffentlichkeitsarbeit für Friedensförderung endlich erfüllen. Durch solche zivile Maßnahmen können strukturelle Marginalisierungen, Konflikte und damit menschliches Leid in ihrer Intensität langfristig reduziert oder gar verhindert werden. Dies führt zu nachhaltiger Stabilisierung und einer Verbesserung der Menschenrechtslage in den betroffenen Staaten und Regionen.

Auch Tausende Studierende und Wissenschaftler*innen protestieren in Russland gegen den Krieg. Wir wollen sicherstellen, dass die Wissenschaftsfreiheit der ausschließlich zivil nutzbaren Forschung insbesondere für russische Exil-Wissenschaftler*innen, die sich gegen den Krieg engagieren, sichergestellt wird.

In akuten Konflikten und Notsituationen müssen wir schließlich versuchen, durch rasche humanitäre Hilfe die dringendsten Sicherheitsbedürfnisse der Betroffenen zu erfüllen. Das Engagement für Geflüchtete aus der Ukraine sowie die zügige und umfangreiche Bereitstellung von humanitärer Hilfe in der Ukraine selbst sind dafür gute Beispiele. Das System der humanitären Hilfe ist aktuell jedoch finanziell und institutionell überfordert. Wir setzen uns international für eine Reform und bessere Finanzierung des Systems der humanitären Hilfe ein, mit dem Ziel, schneller und weitreichender agieren zu können sowie durch erhöhte Wirkungsorientierung die Grundlage für langfristige und nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Auch bei der Eindämmung der von Russland massiv verschärften Ernährungskrise hilft die Bundesregierung mit umfangreichen akuten Nahrungsmittelhilfen, der Bekämpfung von Dürren oder der Unterstützung ukrainischer Getreideexporte durch den Aufbau alternativer Transportwege. Dabei ist es wichtig, dass wir die weltweite Ernährungskrise mit Klimaschutz und Biodiversität zusammen denken. Langfristig können wir die Ernährung der Weltbevölkerung nur sichern, wenn wir entschlossen gegen die Klimakrise und den Biodiversitätsverlust vorgehen und zeitgleich Strategien für die globale Landwirtschaft entwickeln, um sich dem ändernden Klima adäquat anzupassen.

Die größte Herausforderung für die menschliche Sicherheit in unserer Zeit ist und bleibt die Klimakrise. Sie bedroht das Leben von Millionen von Menschen sowie Frieden und Stabilität weltweit. Globaler Klimaschutz verhindert daher nicht nur Konflikte mit all ihren negativen Folgen. Fossile Energieträger, die uns in die Klimakatastrophe führen, setzen uns im

Umkehrschluss auch in Abhängigkeit von autokratischen und imperialistischen Akteur*innen, wodurch unsere wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielräume massiv eingeschränkt werden. Internationale Kooperation ist Grundlage für eine gemeinsame Klimaaußenpolitik: sie ist klimapolitisch notwendig, verfolgt die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele, beugt Ressourcenkonflikten vor und sichert Frieden. Klimaschutzpolitik ist Friedens- und Sicherheitspolitik. Deshalb müssen wir die Transformation hin zur Klimaneutralität noch verbindlicher und energischer vorantreiben – in Deutschland und weltweit. Feministische Außen- und Entwicklungspolitik muss mit internationaler Klimapolitik zusammengedacht werden. Mit Klimaaußenpolitik und Kooperation für Klimagerechtigkeit als Mittelpunkt unserer Politik setzen wir uns ressortübergreifend für die globale Klimaneutralität sowie die Bewältigung von Klimafolgen ein, um unserer historischen Verantwortung gerecht zu werden und die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Daran ändert auch der russische Angriff auf die Ukraine nichts, selbst wenn kurzfristig fossile Energieträger aus anderen Ländern als Russland importiert werden müssen. Dies darf nur eine Überbrückung auf Zeit sein, bis wir die Abhängigkeit von fossilen Energien durch einen noch schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien beendet haben. Der 1,5-Grad-Pfad ist und bleibt Richtschnur unseres Handelns.

Starke Abhängigkeiten beim Import von Rohstoffen und Bauteilen, aber auch das blinde Vertrauen auf vermeintlich störungsfreie Lieferketten gefährden unsere ökonomische Sicherheit und damit auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir setzen daher auf die Diversifizierung von Lieferketten und stärken vorrangig die Partnerschaften mit Staaten, die unsere Werte teilen. Diese wollen wir so gestalten, dass sie unsere Interessen nicht einseitig befördern, sondern durch attraktive Angebote die Interessen der Partnerländer - wie lokale Wertschöpfung, faire Arbeitsplätze und nachhaltige Produktionsbedingungen - berücksichtigen, um so langfristig stabile Allianzen zu schmieden.

Wir schreiben kollektive Sicherheit groß; gerade unsere Bündnisse und Partnerschaften haben uns in den letzten Jahren den historisch einzigartigen Frieden in der Europäischen Union gebracht. Um diesen zu sichern, braucht es auch gut ausgestattete, interoperable, bündnis- und europafähige und stärker integrierte Streitkräfte. Diese halten nicht nur potenzielle Aggressoren von Angriffen ab. Als Partei haben wir in unserer Geschichte auch gelernt, dass in einzelnen Fällen die Unterlassung militärischen Beistands zu weit größerem Leid führen kann. Die Anwendung militärischer Gewalt bleibt Ultima Ratio. Militär bringt niemals die Lösung, kann jedoch ein Zeitfenster für politische Lösungen und die zivile Konfliktbearbeitung schaffen.

Im Sinne der menschlichen Schutzverantwortung der Vereinten Nationen verpflichten wir uns, Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Dabei wenden wir eine Kombination aus Maßnahmen zur Krisenprävention, Krisenreaktion und Krisennachsorge bzw. Wiederaufbau an.

Angesichts unseres umfassenden Sicherheitsbegriffs greift ein Sondervermögen für die Bundeswehr allein zu kurz. Es braucht zusätzliche Anstrengungen in der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge. Wir setzen uns daher weiterhin für den Ausbau der Kapazitäten für zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, Diplomatie, Friedens- und Konfliktforschung, humanitäre Hilfe, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie für Stabilisierung und Entwicklungspolitik ein. Dabei halten wir an der Zielsetzung aus dem Koalitionsvertrag fest, dass die Ausgaben im Maßstab 1:1 zum Anstieg der Verteidigungsausgaben erhöht werden sollen. Das Sondervermögen für die Bundeswehr muss

jedoch so ausgestaltet werden, dass die Bundeswehr ihren Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO und EU besser und unter neuen Vorzeichen auch schneller leisten kann. Das Sondervermögen für die Bundeswehr darf nicht zu einer haushalterischen Einschränkung für den prioritär notwendigen Investitionsbedarf zum sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft führen.

Zur notwendigen Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit gehören neben der Ertüchtigung von Partnerstaaten auch gesamtstaatliche Maßnahmen wie die Erhöhung der Cybersicherheit, die Stärkung von Infrastrukturen und Versorgungsstrukturen, der Abbau bürokratischer Hemmnisse und die Ertüchtigung des Zivilschutzes. Eine ausreichende Bereitstellung von entsprechenden Mitteln aus dem Bundeshaushalt ist hierfür von großer Wichtigkeit. Besonders gilt es, die nachhaltige Stärkung der Resilienz unserer Gesellschaft in den Blick zu nehmen.

Zurecht wurde in den vergangenen Jahren immer wieder eindringlich auf die Notwendigkeit hingewiesen, als Rechtsstaat und wehrhafte Demokratie insbesondere dem aggressiven Agieren Russlands im Digitalen entschlossen zu begegnen. Hier sind große Defizite entstanden, die nun angegangen werden müssen. Dies betrifft insbesondere die Bekämpfung von Russlands Unterstützung extremistischer Kräfte in demokratischen Staaten sowie von bewusst lancierter Desinformation mit dem Ziel, demokratische Gesellschaften zu spalten. Auch die Abwehr weitreichender IT-Angriffe auf Einzelpersonen, Unternehmen und demokratische Institutionen gehört dazu. Es braucht deshalb jetzt eine konsequente Um- und Durchsetzung des Digital Services Act.

Die zahlreichen, im Koalitionsvertrag verankerten Projekte zur Stärkung von Resilienz gilt es, schnellstmöglich umzusetzen. Dazu gehört unser Einsatz für unabhängige, gut ausgestattete Aufsichtsbehörden sowie für die stärkere Verzahnung der verschiedenen zivilen Akteur*innen aus den Bereichen IT-Sicherheit (u.a. das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, BSI) und Zivilschutz (u.a. das Bundesamt für Bevölkerungsschutz, BBK). Das große gesellschaftliche Knowhow in diesem Bereich sollte dabei sehr viel stärker als bisher eingebunden werden, bspw. durch die Schaffung eines beim Technischen Hilfswerk (THW) angesiedelten „Cyberhilfswerks“.

Freier und offener Software sowie einer von monopolartigen Strukturen unabhängigen Verwaltung kommt eine immens wichtige Bedeutung zu. Einrichtungen wie das Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) müssen weiter gestärkt werden. Insgesamt müssen wir bei der IT-Sicherheit von einem rein reaktiven Vorgehen wegkommen, das erst greift, wenn Angriffe erfolgreich waren und diejenigen noch bestraft, die Opfer wurden. Stattdessen müssen wir proaktiv in die Härtung digitaler Infrastrukturen investieren und hierbei beste IT-Sicherheitstechnik zum Standard machen. Diejenigen, die von sich aus in gute IT-Sicherheit investieren wollen, müssen staatlicherseits sehr viel stärker als bisher auch finanziell unterstützt werden, zum Beispiel durch vereinfachte Abschreibungsmodalitäten oder Steuererleichterungen. Schließlich ist es geboten, den staatlichen Handel mit Sicherheitslücken schnellstmöglich zu beenden. Denn werden solche Lücken nicht konsequent innerhalb eines rechtsstaatlichen Verfahrens geschlossen, stehen sie immer auch kriminellen Dritten und den Geheimdiensten nicht befreundeter Staaten offen.

Nur wenn wir Sicherheit in dieser Breite denken, können wir es erfolgreich mit den enormen friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit aufnehmen. Dieses breite Verständnis von Sicherheit sollte sich auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie der

Bundesregierung widerspiegeln, mit der sie die konzeptionellen Voraussetzungen für eine Sicherheitspolitik der Zukunft schaffen möchte.

Das Friedensversprechen der Europäischen Union erneuern

Die Europäische Union ist unsere Garantie für Frieden – ihr Versprechen wollen wir erneuern. Sie hat als Raum der Sicherheit und Freiheit, der Demokratie und des Rechts weiterhin eine große Strahlkraft. Sie ist Leitstern für Demokrat*innen in der Westbalkanregion, in der Ukraine, in Moldau, in der Türkei, in Georgien, Belarus und für viele Menschen in anderen Ländern. Sie bleibt Hoffnungsträgerin für die Zusammenarbeit und Partnerschaften mit den Zivilgesellschaften, die sich überall auf der Welt für Menschenrechte einsetzen und sich ein Leben frei von Unterdrückung, Korruption und Willkür wünschen. Eine starke und handlungsfähige EU ist unser zentraler und unverzichtbarer Referenzrahmen für die Verteidigung unseres internationalen Zusammenlebens, für den Schutz von Menschen weltweit, aber auch für die vielen globalen Konflikte und Krisen, deren Bewältigung unser Ziel sein muss.

Wir begrüßen den neuen EU-Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine und die Republik Moldau sowie die Beitrittsperspektive für Georgien. Wir wollen diese Staaten, genau wie die verbleibenden Länder des Westbalkans, mit neuem Engagement auf ihrem Weg in die EU unterstützen.

Die Europäische Union reagiert und agiert in der Krise gemeinsam und mit Stärke. Wir sehen jedoch auch, dass wir jetzt keine Zeit verlieren dürfen, diese Stärke weiter auszubauen, um die Souveränität der EU voranzubringen und die auf den Prinzipien der UN-Charta basierende internationale Ordnung zu verteidigen. Die EU ist nun gefordert, ihr Friedensversprechen zu erneuern – und die Demokratie und den Frieden in ihrer direkten Nachbarschaft entschieden zu verteidigen.

Wir stehen im gesellschaftspolitischen und systemischen Wettbewerb mit den autokratischen, demokratieverachtenden und das Recht des Stärkeren verherrlichenden Regimen unserer Zeit. Angesichts dieser Herausforderungen brauchen wir eine handlungsfähigere EU. Deshalb gehört die Intensivierung der geplanten EU-Erweiterungen verbunden mit institutionellen Reformen zu den jetzt anstehenden Aufgaben. Damit können wir angesichts des fortschreitenden Krieges gewährleisten, dass unsere Sicherheit ebenso gewahrt bleibt wie die politische und wirtschaftliche Stabilität der EU. Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf diese Faktoren müssen wir im Blick haben. Auch deshalb müssen wir die negativen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges für die Menschen in Deutschland und der EU bestmöglich abfedern.

Die durch breite Bürgerbeteiligung erzielten Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas liefern für die Reform der EU wichtige Anstöße, die wir weiterverfolgen wollen: Energieunabhängigkeit, mehr Investitionen in engagierten Klimaschutz, eine bessere IT-Sicherheit und erhöhte Resilienz unserer Gesellschaften, strategische Souveränität, Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, mehr integrierte gemeinsame Streitkräfte zur Selbstverteidigung, ein Initiativrecht für das EU-Parlament sowie der Schutz und Ausbau von Rechtsstaatlichkeit – all das sind konstruktive Vorschläge für eine handlungsfähigere und strategisch souveränere EU. Sie gilt es nun, ernsthaft zu prüfen, weiterzuentwickeln und entschlossen voranzubringen.

Die Tür für eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union muss für alle Staaten mit Beitrittsperspektive offen bleiben. Hebel der EU für tiefgreifende Reformen in den Kandidatenländern dürfen nicht aus der Hand gegeben werden. Und auch die bewährten Institutionen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stehen nicht zur Disposition: Vielmehr gilt es für die EU, auch vor dem Hintergrund des künftigen Jubiläums der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Geist und Wort der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris zu bekräftigen und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu stärken. Die OSZE bietet – trotz ihres Reformbedarfs - mit ihren 57 Teilnehmerstaaten eine wichtige Basis für staatenübergreifende Kooperation. Langfristig geht es darum, eine nachhaltige europäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur aufzubauen.

Die EU ist nach außen vor allem dann glaubwürdig, wenn sie die Integrität unserer Werte und Normen auch nach innen schützt. Dazu gehört auch die Wahrung der Rechte von Frauen und queeren Menschen. Diese ist ein Gradmesser für Demokratie. Wir wollen die europäische Rechtsstaatlichkeit durch eine Rechtsstaatskommission oder eine Europäische Staatsanwaltschaft stärken und den Anwendungsbereich der EU-Grundrechtecharta auf nationales Recht ausweiten, damit alle EU-Bürger*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte erhalten. Der Abbau von Grundrechten und -freiheiten darf weder belohnt noch ignoriert werden. Wir begrüßen daher die überfällige Aktivierung des Konditionalitätenmechanismus als eines der Instrumente zum Schutz der europäischen Rechtsstaatlichkeit, das konsequent angewendet werden muss. Effektive Instrumente zum Schutz der Grundprinzipien der EU sind heute – neben institutionellen Reformen – umso wichtiger, als dass der russische Angriffskrieg das entschiedene Vorgehen gegen Rechtsstaats- und Demokratiedefizite einiger EU-Länder erschweren könnte, wenn einstimmige sicherheitspolitische Entscheidungen der EU-Mitgliedsstaaten notwendig sind. Deshalb gilt es, den Moment zu nutzen, und mutig und entschlossen die Handlungsfähigkeit der EU auszubauen – zur Not auch, indem im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit einzelne Staaten gemeinsam vorangehen.

Zur Glaubwürdigkeit der EU gehört auch ein menschenrechtskonformer Umgang mit Geflüchteten an den EU-Außengrenzen, sowie eine menschenwürdige, gesamteuropäische Asyl- und Einwanderungspolitik. Trotz jahrelangen Diskussionen und vielen Versprechungen ist der Umgang mit Geflüchteten an den Außengrenzen immer noch unwürdig und rechtswidrig. Deswegen werden wir unsere Möglichkeiten in Kommunen, Ländern und auf Bundes- und Europaebene nutzen, um diese unwürdige Situation ohne weitere Verzögerungen zu beenden. Asylverfahren müssen innerhalb der EU durchlaufen werden und alle Asylanträge inhaltlich geprüft werden. Menschenunwürdige Lager und geschlossene Einrichtungen, Nichteinreisefiktionen oder europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir ab. Wir setzen uns weiterhin innerhalb der Bundesregierung und der EU für eine europäisch getragene und staatlich koordinierte Seenotrettung ein. Wir stellen uns gegen eine Politik, die mit Menschenrechtsverletzungen in der europäischen Nachbarschaft eine Abschottungspolitik umsetzen will. Die Kriminalisierung von Seenotretter*innen wollen wir verhindern. Illegale Pushbacks nationaler Grenzpolizeien oder ihre Unterstützung beziehungsweise Duldung durch die europäische Grenzschutzbehörde Frontex darf es nicht geben. Sie müssen sofort beendet und zukünftig effektiv verhindert werden. Verstöße müssen lückenlos und transparent aufgeklärt sowie konsequent geahndet werden, etwa durch die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU-Kommission gegen verantwortliche Mitgliedstaaten. Mit Blick auf die in der EU ankommenden Menschen treten wir im Sinne einer fairen Verantwortungsteilung für eine Weiterentwicklung

des Malta-Mechanismus ein. Außerdem wollen wir die Aufnahme aus dem Resettlement-Programm des UNHCR deutlich ausbauen, um sichere Fluchtwege aus Ländern wie Libyen zu schaffen.

Der unbürokratische Umgang mit den Geflüchteten mit ukrainischer Staatsbürgerschaft in der EU ist beispielhaft und zeigt, dass es auch anders gehen kann. Massenlager und humanitäre Notlagen an den Außengrenzen konnten trotz der hohen Zahl an Geflüchteten aus der Ukraine verhindert werden. Die in dieser Notsituation angewendeten Lösungsansätze müssen für die zukünftige EU-Migrationspolitik eine Blaupause sein. So überwinden wir endlich die Ungleichbehandlung von Schutzsuchenden.

Für Kooperation und Multilateralismus auch in Zeiten des Konflikts

Globale Zusammenarbeit ist angesichts globaler Herausforderungen so notwendig wie nie. Gleichzeitig wird Kooperation im Angesicht multipler Krisen schwieriger; die Welt droht an globaler Governance zu verlieren. Wir müssen deshalb bestehende Kooperationsansätze europäisch denken, stärken und weiterentwickeln.

Die NATO ist gerade in dieser neuen Zeit eine unverzichtbare Akteurin für unsere Sicherheit. Das Zusammenrücken angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine darf jedoch nicht über Spannungen innerhalb des Bündnisses hinwegtäuschen. Es gilt, den demokratischen europäischen Pfeiler in der neuen, erweiterten NATO zu stärken. Die EU und ihre Mitgliedstaaten übernehmen mehr außen- und sicherheitspolitische Verantwortung. Das gilt insbesondere für die Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der baltischen Staaten und Polens. Die transatlantische Partnerschaft mit den USA bleibt dabei zentraler Stützpfeiler unserer und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die Stärke unserer Werte- und Verteidigungsgemeinschaft misst sich auch an der in ihr gelebten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und überzeugend umgesetztem Multilateralismus. Wir setzen uns für den weltweiten Menschenrechtsschutz, die Weiterentwicklung internationaler Rechtsnormen, globale Rüstungskontrolle, eine regelbasierte Weltordnung und die Stärkung einer verantwortungsbewussten Handelspolitik ein. Die wiederholten völkerrechtswidrigen Interventionen der Türkei gegen die Kurd*innen in Syrien und im Irak wie auch der Abbau der eigenen Rechtsstaatlichkeit sind mit dem Anspruch der NATO als Wertebündnis nicht vereinbar.

Die Vereinten Nationen bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Wir wollen sie weiter stärken und schützen. Die UN-Institutionen versorgen weltweit Millionen Geflüchtete. Sie stellen Bildungsmöglichkeiten, Nahrung und Gesundheitsleistungen zu Verfügung. Sie vermitteln in Kriegen und Konflikten. Und sie sind der Rahmen, in dem die wichtigsten multilateralen Abkommen verhandelt werden. Gleichzeitig sind sie schon lange reformbedürftig. Der Sicherheitsrat ist infolge des Missbrauchs des Vetorechts insbesondere durch Russland und China in vielen zentralen Fragen blockiert, was eine konstruktive Bearbeitung von Konflikten etwa in Libyen oder im Jemen, in Afghanistan oder Syrien erheblich erschwert – und zu teils schwerem menschlichem Leid führt. Als Antwort auf diese Blockade hat die UN-Generalversammlung mit der Verurteilung des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine durch 141 Mitglieder gezeigt, wozu sie im Krisenfall durch Kooperation in der Lage ist.

Wir unterstützen Reformideen und Mechanismen wie die in der Resolution 377 der UN-Generalversammlung „Uniting for Peace“ festgeschriebene Möglichkeit, im Fall einer Blockade Empfehlungen für Kollektivmaßnahmen an seine Mitglieder auszusprechen. Die Beschlüsse der Generalversammlung verleihen notwendigen Maßnahmen auch im Fall eines Vetos durch ein

Sicherheitsratsmitglied Legitimation. Deutschland muss im EU-Rahmen ein Mittler und ein verlässlicher Geldgeber der Vereinten Nationen sein. Zudem muss es sich verstärkt an Blauhelm-Missionen der UN beteiligen. Auch in den Vereinten Nationen muss die gemeinsame europäische Stimme stärker werden.

Die EU muss global als Friedensmacht Verantwortung übernehmen. Vor allem, wenn die Vereinten Nationen blockiert sind, muss sie für die Wahrung der Menschenrechte, die UN-Konventionen sowie die Paris-Deklaration und die Agenda 2030 in möglichst transparenten und inklusiven internationalen Zusammenschlüssen agieren. Dazu zählen zum Beispiel die G-7 und G-20, die NATO, das transatlantische Bündnis und themenspezifische Allianzen. Die Bildung flexibler Koalitionen, Kontaktgruppen und Allianzen sollte aber auch in bestehende Partnerschaften und Kooperationsformate eingebettet sein (z.B. AU-EU-Partnerschaft, Allianz für Multilateralismus) und offen gestaltet werden.

Auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie Wissenschaftsdiplomatie gewinnen angesichts geopolitischer Krisen massiv an Bedeutung. Sie tragen maßgeblich dazu bei, durch Bildungs- und Forschungskooperationen und wissenschaftliche Expertise große globale Herausforderungen zu bewältigen, kulturelle Brücken zu bauen und positiv in die Zivilgesellschaft zu wirken. Somit können sie friedensfördernde Effekte entfalten. Sie müssen daher ein zentraler Aspekt der deutschen Außenpolitik sein. Der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Goethe Institut und die deutsche UNESCO-Kommission leisten von Schutzprogrammen für bedrohte Wissenschaftler*innen und Studierende über Sprachkurse und Austauschprogramme bis hin zu Stipendien für internationale Spitzentalente einen essenziellen Beitrag für eine aktive und zielgerichtete Außenwissenschaftspolitik. Die Finanzierung der Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik muss, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, verlässlich erhöht, statt gekürzt zu werden. Da sich globale Probleme nur gemeinsam lösen lassen, fördern wir die europäische sowie internationale Vernetzung und Zusammenarbeit in Studium, Forschung und Lehre auch durch eine Weiterentwicklung der Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung und des Strategiepapiers "Science Diplomacy" des Auswärtigen Amts. Dazu gehört auch eine bessere Verzahnung von bildungs- und außenpolitischen Handlungen. Institutionelle Kooperationen allein - zum Beispiel im Europäischen Hochschulraum - führen nicht automatisch zu Annäherung. Wissenschaftsdiplomatie muss deswegen dazu beitragen, Menschenrechte, Demokratieförderung und die Freiheit von Forschung und Lehre ins Zentrum von Kooperationen zu rücken.

Wir wollen, dass in Deutschland die akademische Forschung und Lehre zur Ukraine und dem Verflechtungsraum Östliches Europa deutlich gestärkt und ausgebaut wird, sowie Programme zur zivilgesellschaftlichen, kulturellen und kommunalen Zusammenarbeit mit der Ukraine besonders gefördert werden.

Autokraten entschieden begegnen

Von autokratischen Staaten und Bewegungen gehen weltweit Gefahren für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aus. Vor allem diejenigen, die auch imperialistische Bestrebungen verfolgen, missachten die Regeln der Kooperation und bedrohen die internationale Rechtsordnung. Zudem besteht bei solchen Akteur*innen ein hohes Risiko, dass sie durch ihr Agieren zwischenstaatliche Spannungen einschließlich Risiken für unsere eigene Sicherheit erzeugen sowie schwierige Hindernisse für die Bewältigung gemeinsamer globaler Aufgaben schaffen.

Vor diesem Hintergrund müssen wir die Kooperationen mit Demokratien weltweit stärken und uns besser vor Bedrohungen unserer offenen Gesellschaft und unserer Sicherheit wappnen. Es kann bei Regelbrecher*innen keine Rabatte geben. Und zu den Regeln gehören die universellen Menschenrechte, das Gewaltverbot der UN-Charta und die staatliche Souveränität. Zur Achtung dieser Normen bauen wir auch auf Gerichte wie den Internationalen Strafgerichtshof und den Internationalen Gerichtshof und setzen uns deshalb bei unseren Partner*innen für eine Anerkennung dieser wichtigen Institutionen ein. Denn sowohl Einzelpersonen als auch Staaten müssen für Verstöße zur Verantwortung gezogen werden.

Das Paradigma „Wandel durch Handel" ohne klare Bedingungen ist gescheitert. Unsere Wirtschaftsaußenpolitik muss kohärent zu unseren außen- und entwicklungspolitischen Zielen und Leitlinien sein. Daraus folgt, dass wir eine Ratifizierung des Mercosur-Abkommens nur mit umsetzbaren, überprüfbaren und rechtlich verbindlichen Verpflichtungen zum Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsschutz befürworten, und wenn wirksame Zusatzvereinbarungen zum Schutz der Amazonas-Wälder abgeschlossen sind. Wir setzen uns ebenso für einen Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag ein, weil der darin enthaltene Investitionsschutz Gefahr läuft, den Ausstieg aus fossiler Energie und unsere Klimapolitik zu behindern.

Wir sind gefragt, autokratischen Staaten gegenüber unterschiedliche Kooperationsangebote nach Themenfeldern anzubieten, diese regelmäßig auf ihre Auswirkungen auf menschliche Sicherheit zu evaluieren und bei Bedarf Konsequenzen zu ziehen. Der Klimaschutz als Menschheitsaufgabe verpflichtet zur größtmöglichen Kooperation weltweit. Aber auch dann müssen Menschenrechtsverstöße und sie begünstigende Faktoren angesprochen und auf ihre Beseitigung hingearbeitet werden. Sektoralen Abhängigkeiten müssen wir durch Diversifizierung entgegentreten, unsere Lieferketten aktiv resilienter, gerechter und europäischer aufstellen.

Die Abhängigkeit von russischem Gas schränkt unsere heutigen Reaktionsmöglichkeiten auf diesen Krieg erheblich ein. Nord Stream 2 hätte nie gebaut werden dürfen. Denn das Projekt war nicht nur klima- und energiepolitisch, sondern auch europa- und geopolitisch falsch. Die heutige Lage belegt einmal mehr, dass der Ausbau erneuerbarer Energien und alle Anstrengungen für mehr Klimaschutz eine zentrale Dimension von Sicherheitspolitik darstellen.

Das revisionistische Russland unter Wladimir Putin stellt eine Bedrohung der Sicherheit und Freiheit der Menschen in Europa dar. Wir suchen nicht die Konfrontation, sondern sind zu Kommunikation, gezielter Kooperation, zum Risikomanagement, zur Eskalationsvermeidung und Transparenz der Beziehungen bereit. Wir sind immer zu einem Dialog mit Russland bereit, doch Russland hat sich bis zuletzt einem fairen Dialog verweigert. Ein Partner wird Russland für uns künftig nur in dem Maße sein können, wie es sich an internationales Recht hält. Dabei treten wir für die Souveränität und territoriale Integrität aller Länder ein und lehnen die imperiale Idee von Einflusszonen ab. Einer Ideologie, die auf das Recht des Stärkeren setzt, setzen wir die Herrschaft des Rechts entgegen. Wir zeigen uns solidarisch mit denjenigen, die der zunehmenden Unterdrückung des Kreml trotzen und sich für ein Russland einsetzen, das Frieden, Völkerrecht und Menschenrechte respektiert, anstatt sie mit Füßen zu treten."

Die Hegemonie-Ambitionen Chinas und seine aggressive Außenpolitik berühren unsere Werte und Interessen wie auch unsere Sicherheit. China negiert in vielen Bereichen die internationale Rechtsordnung. Die Niederschlagung der Demokratie-Bewegung in Hongkong, die aggressiven Drohungen gegen Taiwan, die schweren Menschenrechtsverbrechen gegen die Uigur*innen und die

aggressive Expansionspolitik im südchinesischen Meer sind dafür exemplarisch. China versucht zudem immer öfter, seine wirtschaftliche Kraft zur Schaffung von Abhängigkeiten zu nutzen. Dem treten wir entschlossen entgegen. Dafür müssen wir auch national unsere Abhängigkeiten überprüfen und auf eine europäische Strategie der wirtschaftlichen Diversifizierung setzen. Im Rahmen der europäischen Ein-China-Politik wollen wir die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit Taiwan zum Nutzen beider Seiten intensivieren. Dazu gehören ein Abkommen über resiliente Lieferketten und ein bilaterales Investitionsabkommen. Wir betonen, dass eine Änderung des Status Quo in der Taiwanstraße nicht einseitig und nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans stattfinden darf. Wir unterstützen Taiwans relevante Beteiligung an der Arbeit internationaler Organisationen wie der WHO, WHA, ICAO oder Interpol. Unter Berücksichtigung der systemischen Rivalität sind wir, wo möglich, zur Zusammenarbeit mit China bereit und scheuen dabei nicht den Wettbewerb.

Russland und China weisen beide, trotz erheblicher Interessensunterschiede, eine gemeinsame autokratische Haltung auf, die die völkerrechtlich verbriefte Gleichberechtigung aller Staaten ablehnt. Auch vor diesem Hintergrund müssen wir verstärkt in unsere Partnerschaften investieren – gerade auch mit Ländern Afrikas, Lateinamerikas, der Karibik und im asiatisch-pazifischen Raum. Dazu zählt die Initiative Global Gateway der EU-Kommission. Einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten wollen wir durch gemeinsame europäische Resilienz-Politik überwinden. Gegen Autoritarismus bleiben Demokratieförderung, insbesondere Maßnahmen zur Ausweitung von Räumen für die Zivilgesellschaft, zur Bekämpfung von Korruption und Nepotismus sowie die konkrete Solidarität für Menschenrechtsverteidiger*innen notwendig. Eine demokratische Front für die Schaffung von Regularien, um autokratische Mächte auch in ihrer digitalen Kriegsführung in die Schranken zu weisen, ist Teil davon.

Neue Impulse für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Der Vorrang für Abrüstung, Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle war, ist und bleibt das zentrale Merkmal von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Friedenspartei. Dies gilt für alle Waffensysteme, ob nuklear, konventionell oder digital. Wir sehen die Gefahr regionaler und internationaler Aufrüstungsspiralen, die oft Eskalationsdynamiken und Unsicherheit befeuern, sowie die Herausforderungen durch die Erosion von Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen und technologischer Entwicklungen – von neuartigen Waffensystemen, über den Cyberbereich bis hin zur militärischen Nutzung des Weltraums. Daher wollen wir gerade in unsicheren Zeiten die Rüstungskontrolle – auch für digitale Güter – stärken, Abrüstungsinitiativen wiederbeleben und, wo möglich, neue anstoßen und auch nicht staatliche Akteure in den Blick nehmen. Die Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) muss im Zentrum unserer Bemühungen bleiben. Der Atomwaffenverbotsvertrag, bei dem Deutschland einen Beobachterstatus innehat, stellt eine wichtige Ergänzung des NVV dar. Trotz der enormen Herausforderungen durch die aktuelle Lage müssen wir uns zudem für ein Nachfolgeabkommen zum New-START-Vertrag einsetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine konkrete, materielle Unterstützung der Opfer von Atomwaffentests in der aktuellen Legislaturperiode ein. Das Ziel unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt.

Als Grüne setzen wir uns seit langem für eine restriktive, transparente und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik ein. Gerade nach alle den Jahren des maßlosen Drangs der Großen Koalition mit Genehmigungen in Rekordhöhe an Staaten, die keine Wertepartner sind, ist ein Neuanfang überfällig. Für uns sind Rüstungsexporte kein Instrument der Industriepolitik. Wir wollen ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz,

das insbesondere Transparenz über die erteilten Genehmigungen und ihre jeweilige inhaltliche Begründung, sowie über die tatsächliche Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern schafft.

Auf EU-Ebene werden wir uns dafür einsetzen, ein verbindliches Regime zur europäischen Waffenexportkontrolle für gemeinsame Rüstungskooperationen zu schaffen, das im Einklang mit den Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU steht. In der schwersten Sicherheitskrise Europas seit Jahrzehnten sind Europäische Kooperation und Verlässlichkeit unter Verbündeten ein hohes Gut. Unsere von Werten geleitete Außenpolitik steht vor einem Dilemma: Auf der einen Seite wollen wir eine vertiefte Rüstungskooperation mit unseren europäischen Partnern im Einklang mit unseren Werten, auf der anderen Seite wird bis zu einer restriktiven europäischen Rüstungsexportpolitik noch viel Überzeugungsarbeit nötig sein.

Bündnis 90/Die Grünen werden diese Debatte nutzen, um uns bei der Formulierung des Rüstungsexportkontrollgesetzes für eine Reform von europäischen Gemeinschaftsprojekten im Rüstungsbereich einzusetzen. Forderungen nach Lockerungen der restriktiven Regelungen bei Gemeinschaftslieferungen erteilen wir eine Absage. Wir wollen gemeinsame europäische Entscheidungen für Rüstungsexporte auf Basis einer gemeinsamen Einschätzung der Sicherheitslage und europäischer Werte. Wir wollen keinen Wettlauf um die niedrigsten Menschenrechtsstandards bei der Genehmigungspraxis. Es braucht zudem einen regelmäßigen, unabhängigen und transparenten Review-Prozess der Bundesregierung zur Sicherheits- und Menschenrechtspolitik in den Empfängerstaaten und einen Review der geschlossenen Alt-Verträge.

Die Regierung von Saudi-Arabien begeht nachweislich massive Menschenrechtsverletzungen und ist Kriegspartei im Jemen-Krieg. Deswegen lehnen wir jegliche Rüstungsexporte an Saudi-Arabien ab. Wir streben auch einen europäischen Rüstungsexportstopp für Saudi-Arabien und ein europäisches Waffenembargo gegenüber anderen Staaten an, solange diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Die von Saudi-Arabien geführte Koalition hat in den vergangenen Jahren tausende Luftangriffe im Jemen geflogen und damit und mit der Blockade des Landes zu einer der größten humanitären Katastrophen unserer Zeit beigetragen. Unter anderem der Druck der internationalen Gemeinschaft auf Saudi-Arabien hat in letzter Zeit zu einem Ende der gezielten Bombardements von ziviler Infrastruktur geführt.

Die Weigerung der Huthi-Milizen, die Waffenruhe im Jemen zu verlängern, ist ein Grund zu großer Beunruhigung. Der internationale Druck auf alle Kriegsparteien muss aufrecht erhalten werden, die Priorität muss ein Waffenstillstand mit dem Ziel eines dauerhaften Friedens bleiben. Die Jemen-Klausel des Koalitionsvertrags gilt.

Unter dieser Maßgabe bedeutet das Selbstverteidigungsrecht im Völkerrecht (kodifiziert u.a. in Art. 51 der UN-Charta) für uns als Friedenspartei, dass Staaten, die bedroht oder angegriffen werden, auch mit der Lieferung von Waffen unterstützt werden können. Deshalb werden wir die Ukraine solange es notwendig ist unterstützen. Von der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit bis zur Lieferung von schweren Waffen werden wir uns dafür einsetzen, dass die Ukraine in die Lage versetzt wird, ihr Land auch weiterhin zu verteidigen und durch Russland eroberte oder völkerrechtswidrig annektierte Gebiete zurückzugewinnen. Es sind entscheidende Monate für die Menschen in der Ukraine und für die Ordnung auf unserem Kontinent. Davon unberührt müssen Exporte von Waffen, die zur Verletzung von Menschenrechten, für politische Aggressionen und diktatorische Repressionen eingesetzt

werden, unterbunden werden, denn sie gefährden die Sicherheit und den Frieden weltweit. Gleichzeitig muss ausgeschlossen werden, dass Rüstungsgüter, die wir heute liefern, in Zukunft in die falschen Hände geraten. Bei Exporten sollen darum strenge, verbindliche und differenzierte Endverbleibs- und Post-Shipment-Kontrollen gesetzlich fest- und vorgeschrieben werden. Dies gilt auch für digitale Überwachungstools, beispielsweise identifizierende Gesichtserkennungssoftware, die es autokratischen Regierungen ermöglichen, unliebsame Aktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Medienschaffende oder Minderheiten zu verfolgen.

Um das beschlossene Sondervermögen sinnvoll nutzen zu können und die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zu erhöhen, müssen das Beschaffungswesen reformiert, Beschaffungsmaßnahmen beschleunigt und substanzielle Strukturmaßnahmen in Bundeswehr und Verwaltung zur Förderung von Agilität und Effizienz umgesetzt werden. Das beschlossene Beschaffungsbeschleunigungsgesetz ist hierfür ein erster wichtiger Schritt. Weitere Schritte in Richtung vertiefter europäischer Zusammenarbeit müssen folgen. Vor diesem Hintergrund ist auch die Stärkung eines eigenständigen europäischen Rüstungssektors von Bedeutung, um die Voraussetzungen für die materielle Stärkung und Aufrechterhaltung der Bündnis- und Landesverteidigung sowie des verteidigungsbedingten Bedarfs unserer Partner zu schaffen. Dazu gehören insbesondere Planbarkeit und die Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie – und dass Beschaffungen europäisch gedacht werden sollten, denn nationale Alleingänge sorgen nicht nur für höhere Preise, sondern auch für eine geringe Kompatibilität und Interoperabilität zwischen den Streitkräften.

Für eine gesicherte und gerechte Welternährung – eine Strukturpolitik gegen die globalen Krisen

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die bereits bestehenden globalen Krisen noch weiter verschärft. Der Ausfall der Getreideexporte aus der Ukraine und Russland offenbart die Abhängigkeiten insbesondere der Länder des Globalen Südens von Nahrungsmittelimporten und verstärkt die Hungerkrise. Auch die Verschuldungskrise nimmt ihnen fiskalischen Spielraum, um angemessen auf die steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreise, auf die Auswirkungen der Klimakrise oder Pandemien reagieren zu können. Dringend nötige Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung und Transformation – im Sinne der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (SDGs) und der Pariser Klimaziele – unter anderem für eine Agrar-, Energie- und Mobilitätswende bleiben somit auch wegen dieser Dynamiken aus. Um globale Gerechtigkeit voranzutreiben, wollen wir die Polykrisen unserer Zeit gemeinsam mit unseren Partner*innen effektiv bekämpfen, Ungleichheiten abbauen und resiliente sowie demokratische Strukturen und Zivilgesellschaften stärken. Entwicklungspolitik verstehen wir als eine gerechte und geostrategische Strukturpolitik. Feministische Entwicklungspolitik setzt dabei an den Ursprüngen der Ungleichheit an: den ungleichen Machtverhältnissen zwischen den Geschlechtern, sozialen Normen und Rollenbildern.

Unser koloniales Erbe mahnt uns, uns für das Aufbrechen globaler Machtstrukturen einzusetzen und eine dekoloniale Strukturpolitik umzusetzen. Wir wollen unter anderem Stimmrechtsreformen bei den Entwicklungsbanken anstoßen, um für ein gerechteres Stimmverhältnis zu sorgen.

Ein wichtiger Schritt hin zur Ernährungssouveränität ist Verteilungsgerechtigkeit. Landwirtschaftliche Flächen sollen stärker für lokale Lebensmittelproduktionen und weniger für Treibstoffe, Futtermittel oder für den Verkauf vorgesehene Anbaufrüchte verwendet

werden. Der Anbau sollte entsprechend der Nachfrage mehr auf lokale und regionale klimaresiliente Sorten gefördert und lokal vermarktet werden. Dies muss folgerichtig einhergehen mit einer Reduktion des Treibstoffverbrauchs und des Fleischkonsums vor allem in den Ländern des Globalen Nordens. Die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen wollen wir stärken. Dabei spielen insbesondere Landrechte – gerade auch für Frauen – eine essenzielle Rolle. Den Zugang zu freiem Saatgut und Möglichkeiten zur lokalen Vermarktung wollen wir fördern, zum Beispiel bei der Gründung von Produktions- und Absatzgenossenschaften. Nahrungsmittel- und Wasserspekulationen werden wir stärker regulieren. Durch diese Maßnahmen kann die Abhängigkeit von Staaten vom Getreideweltmarkt reduziert werden.

Die Covid-19-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass resiliente Gesellschaften funktionierende soziale Sicherungssysteme brauchen. Wir wollen weltweit soziale Sicherungssysteme stärken und setzen uns dafür ein, dass ein Globaler Fonds für soziale Sicherung im Rahmen der UN-Initiative „Global Accelerator for Jobs and Social Protection“ verankert wird, dessen Governance-Strukturen dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria gleichen.
Um für künftige Pandemien besser vorbereitet zu sein, unterstützen wir die Entwicklung eines Pandemie-Vertrags der Weltgesundheitsorganisation. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Vertrag robuste Mechanismen beinhaltet um in künftigen Pandemien schnelleren und gerechteren weltweiten Zugang zu Gesundheitsprodukten zu sichern. Wir begrüßen die WTO-Entscheidung zur Einschränkung des Patentschutzes für Covid-19 Impfstoffe. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass solche Maßnahmen dort, wo freiwillige Produktionspartnerschaften nicht ausreichen, auch auf Therapeutika und Diagnostika für Covid-19 ausgeweitet werden können

Wir erleben global eine dramatische Verschuldungskrise, die seit der Covid-19-Pandemie neue Ausmaße gerade in den Ländern des Globalen Südens erreicht hat. Das Schuldenmoratorium der G20 für die 77 ärmsten Länder hat einen wertvollen zeitlichen Spielraum geschaffen. Unser Ziel ist ein neuer internationaler Konsens zum Schuldenmanagement. Wir unterstützen eine Initiative für ein kodifiziertes internationales Staateninsolvenzverfahren, das öffentliche und private Gläubiger*innen miteinbezieht und Schuldenerleichterungen für besonders gefährdete Ländergruppen vorsieht. Als konkreten Beitrag wollen wir ein Gesetz zur Restrukturierung ausländischer Staatsschulden mit dem die Ergebnisse internationaler Umschuldungsverhandlungen in Deutschland verbindlich gemacht werden.

Feministische Entwicklungspolitik ist Teil der feministischen Außenpolitik und bedeutet, die Förderung und die Belange von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen in den Vordergrund zu stellen und sie gezielt in Entscheidungsprozesse einzubinden. Wir setzen uns dafür ein, dass zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des Globalen Südens nach dem Vorbild des kanadischen „Equality Fund“ direkt gefördert werden.

In autokratischen Kontexten müssen wir uns schließlich bewusst sein, dass die Logik von Regimestabilisierung oft im Widerspruch zu den Zielen von gerechter, nachhaltiger und menschenrechtsbasierter Entwicklung steht. So werden finanzielle Ressourcen über Korruption und Nepotismus häufig nach Loyalitäten gegenüber einer autokratischen Staatsführung verteilt. Gerade in solchen Kontexten ist es daher besonders wichtig, sich nicht nur auf Projektebene, sondern auch in Regierungsverhandlungen für mehr Freiräume für die lokale Zivilgesellschaft, für unabhängige Medien und die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen.